

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 13. Dezember 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien über Soziale Sicherheit

A. Problem und Ziel

Durch das Abkommen soll im Bereich der gesetzlichen Rentenleistungen der Bundesrepublik Deutschland und Australien der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen sichergestellt und koordiniert werden, insbesondere für den Fall, dass sich die betroffenen Personen im jeweils anderen Staat aufhalten.

B. Lösung

Das Vertragswerk beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten insbesondere von Einwohnern beider Staaten in Bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherung. Es enthält die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Leistungserbringung bei Aufenthalt der betroffenen Personen im anderen Vertragsstaat. Ferner ist vorgesehen, dass in der deutschen Rentenversicherung und in Australien zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Vertragsgesetzes soll das Abkommen die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

Fristablauf: 26. 04. 02

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden werden durch die Ausführung dieses Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet; für den Bund ergeben sich nicht nennenswerte mittelbare Auswirkungen im Hinblick auf den Bundeszuschuss zur knappschaftlichen Rentenversicherung.

2. Vollzugsaufwand

Durch die Umsetzung dieses Gesetzes entstehen keine nennenswerten zusätzlichen Kosten im Verwaltungsvollzug.

E. Sonstige Kosten

Durch das Abkommen werden sich Mehrausgaben für die deutschen Rentenversicherungsträger von ca. 10 Mio. Euro jährlich ergeben. Dem werden Leistungen des australischen Rentensystems in etwa gleicher Höhe gegenüberstehen.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

15. 03. 02

AS

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 13. Dezember 2000
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien
über Soziale Sicherheit**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 15. März 2002

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Regierenden Bürgermeister
Klaus Wowereit

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 13. Dezember 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien über Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Schröder

Entwurf
Gesetz
zu dem Abkommen vom 13. Dezember 2000
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien
über Soziale Sicherheit

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Canberra am 13. Dezember 2000 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien über Soziale Sicherheit wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen zur Anwendung und Durchführung des Abkommens Regelungen zu treffen über:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 10 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. das Verfahren beim Erbringen von Geld- und Sachleistungen,
4. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 10 Abs. 1 des Abkommens genannter Stellen,
5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 21 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit dem Abkommen das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 21 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Durch das Abkommen werden sich Mehrausgaben für die deutsche Rentenversicherung von ca. 10 Mio. Euro jährlich ergeben. Dem werden Leistungen des australischen Rentensystems in etwa gleicher Höhe gegenüberstehen.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien
über Soziale Sicherheit**

**Agreement
on Social Security
between the Federal Republic of Germany and Australia**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Australien
(„Vertragsparteien“) –

The Federal Republic of Germany
and
Australia
(the “Contracting Parties“),

in dem Wunsch, die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu festigen, und entschlossen, ihre Beziehungen im Bereich der sozialen Sicherheit zu regeln –

Desiring to strengthen the existing friendly relations between the two States and resolved to regulate their relations in the field of social security,

haben Folgendes vereinbart:

Have agreed as follows:

**Teil I
Allgemeine Bestimmungen**

**Part I
General provisions**

**Artikel 1
Begriffsbestimmungen**

**Article 1
Definitions**

- (1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke
- a) „Staatsangehöriger“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
in Bezug auf Australien
einen Staatsbürger Australiens;
- b) „Rechtsvorschriften“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
die Gesetze, Verordnungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit beziehen,
in Bezug auf Australien
die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b genannten Gesetze;
- c) „zuständige Behörde“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung,

1. For the purposes of this Agreement,
- (a) “national” means,
as regards the Federal Republic of Germany,
a German citizen within the meaning of the Basic Law (Grundgesetz) for the Federal Republic of Germany; and
as regards Australia,
a citizen of Australia;
- (b) “legislation” means,
as regards the Federal Republic of Germany,
the laws, regulations and other general legislative acts related to the branches of social security specified in paragraph 1(a) of Article 2; and
as regards Australia,
the laws specified in subparagraph 1(b) of Article 2;
- (c) “competent authority” means,
as regards the Federal Republic of Germany,
the Federal Ministry of Labour and Social Affairs (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung); and

in Bezug auf Australien

den Staatssekretär beim Commonwealth-Ministerium (Secretary to the Commonwealth Department), das für die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b genannten Gesetze verantwortlich ist;

d) „Träger“

in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

die Einrichtung oder die Behörde, der die Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a genannten Rechtsvorschriften obliegt,

in Bezug auf Australien

die Einrichtung oder die Stelle, der die Ausführung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b genannten Gesetze obliegt;

e) „deutsche Versicherungszeit“

eine Beitragszeit oder eine andere Zeit, soweit sie nach den deutschen Rechtsvorschriften für den Leistungsanspruch einer Beitragszeit gleichsteht;

f) „australische Wohnzeit während des Arbeitslebens“

eine Zeit, die als solche in den australischen Rechtsvorschriften bestimmt ist;

g) „Leistung“

in Bezug auf eine Vertragspartei eine nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei vorgesehene Leistung, Rente oder Beihilfe einschließlich aller Zulagen oder Erhöhungen;

h) „verwitwete Person“

in Bezug auf Australien eine Person, die aufgrund des Todes ihres Partners keinen Partner mehr hat, jedoch nicht eine Person, die einen neuen Partner hat;

i) „Pflegezahlung“

in Bezug auf Australien eine Pflegezahlung für den Partner einer Person, die eine australische Rente wegen Erwerbsunfähigkeit oder Altersrente erhält.

(2) Ausdrücke, deren Bedeutung in Absatz 1 nicht bestimmt ist, haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften haben.

as regards Australia,

the Secretary to the Commonwealth Department responsible for the laws specified in subparagraph 1(b) of Article 2;

(d) "institution" means,

as regards the Federal Republic of Germany,

the institution or authority responsible for the application of the legislation specified in paragraph 1(a) of Article 2; and

as regards Australia,

the institution or agency responsible for the administration of the laws specified in subparagraph 1(b) of Article 2;

(e) "German period of coverage" means

a period of contributions or any other period insofar as it is, under the German legislation, equivalent to a period of contributions for the purposes of benefit entitlement;

(f) "period of Australian working life residence" means

a period defined as such in the Australian legislation;

(g) "benefit" means,

in relation to a Contracting Party, a benefit, pension or allowance for which provision is made in the legislation of that Party, and includes any additional amount, increase or supplement that is payable, in addition to that pension, benefit or allowance;

(h) "widowed person" means,

in relation to Australia, a person who stops being a partnered person because of the death of the person's partner, but does not include a person who has a new partner;

(i) "carer payment" means,

in relation to Australia, a carer payment payable to the partner of a person who is in receipt of an Australian disability support pension or age pension.

2. Any term not defined in paragraph 1 has the meaning assigned to it in the applicable legislation.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, bezieht es sich

a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

auf die Rechtsvorschriften über

i) die Rentenversicherung der Arbeiter,

ii) die Rentenversicherung der Angestellten,

iii) die knappschaftliche Rentenversicherung,

iv) die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,

v) die Alterssicherung der Landwirte;

b) in Bezug auf Australien

auf die Gesetze, die das Recht der sozialen Sicherheit bilden, soweit das Recht die folgenden Leistungen vorsieht, auf diese Anwendung findet oder diese berührt:

i) Altersrente,

ii) Rente wegen Erwerbsunfähigkeit,

Article 2

Legislative scope

1. Unless otherwise provided in this Agreement, it shall apply:

(a) as regards the Federal Republic of Germany,

to the legislation concerning:

(i) Wage Earners' Pension Insurance (Rentenversicherung der Arbeiter),

(ii) Salaried Employees' Pension Insurance (Rentenversicherung der Angestellten),

(iii) Miners' Pension Insurance (Knappschaftliche Rentenversicherung),

(iv) Steelworkers' Supplementary Insurance (Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung),

(v) Farmers' Old Age Security (Alterssicherung der Landwirte); and

(b) as regards Australia,

to the Acts forming the social security law insofar as the law provides for, applies to or affects the following benefits:

(i) age pension,

(ii) disability support pension,

- iii) Pflegezahlung,
- iv) an verwitwete Personen zu zahlende Renten,
- v) Vollwaisenrente.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 Buchstabe b gilt dieses Abkommen für Frauen, die im Zeitpunkt seines Inkrafttretens eine Rente für Ehefrauen beziehen und Ehefrauen von Personen sind, die

- a) eine Altersrente oder
- b) eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit für Schwerbehinderte beziehen.

(3) Dieses Abkommen gilt auch für Gesetze, Verordnungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, soweit sie die Rechtsvorschriften der Vertragsparteien ändern, ergänzen oder ersetzen.

(4) Ungeachtet des Absatzes 1 schließen die Rechtsvorschriften der Vertragsparteien die zum Inkraftsetzen eines anderen Abkommens über soziale Sicherheit erlassenen Gesetze sowie überstaatliches Recht nicht ein.

(5) Die australische Pflegezahlung und Vollwaisenrente sind in dieses Abkommen einbezogen, um die Gegenseitigkeit zu den deutschen Leistungsteilen herzustellen, die dem Unterhalt des Ehegatten und der übrigen Familienangehörigen dienen.

Artikel 3

Persönlicher Anwendungsbereich

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es

- a) bei der Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften für
 - i) Staatsangehörige einer Vertragspartei,
 - ii) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge,
 - iii) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,
 - iv) andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen einer Vertragspartei, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten,
 - v) Staatsangehörige eines anderen Staates als einer Vertragspartei, soweit sie nicht zu den unter Ziffer iv genannten Personen gehören;
- b) bei der Anwendung der australischen Rechtsvorschriften für jede Person, die Einwohner Australiens (Australian resident) ist oder war und gegebenenfalls für andere Personen in Bezug auf die Rechte, die sie von den oben bezeichneten Personen ableiten.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen

- a) bei der Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften die in Artikel 3 Buchstabe a Ziffern i bis iv genannten Personen, die sich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei gewöhnlich aufhalten, deutschen Staatsangehörigen gleich;
- b) bei der Anwendung der australischen Rechtsvorschriften die in Artikel 3 Buchstabe b genannten Personen einander gleich.

(2) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, werden Leistungen nach deutschen Rechtsvorschriften australi-

- (iii) carer payment,
- (iv) pensions payable to widowed persons, and
- (v) double orphan pension.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1(b), this Agreement shall apply to women who are receiving wife pension at the date this Agreement comes into force and who are the wives of:

- (a) persons receiving age pension; or
- (b) persons receiving disability support pension for the severely disabled.

3. This Agreement shall also apply to laws, regulations and other general legislative acts in so far as they amend, supplement or replace the legislation of the Contracting Parties.

4. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, the legislation of the Contracting Parties shall not include any laws made at any time for the purpose of giving effect to any other agreement on social security or any supra-national law.

5. Australian carer payment and double orphan pension are included in this Agreement to reciprocate those proportions of German benefit included to support a spouse and other dependants.

Article 3

Personal scope

Unless otherwise provided in this Agreement, it shall apply:

- (a) in the operation of the German legislation, to
 - (i) nationals of either Contracting Party;
 - (ii) refugees, within the meaning of Article 1 of the Convention of July 28, 1951 and of the Protocol of January 31, 1967 Relating to the Status of Refugees;
 - (iii) stateless persons, within the meaning of Article 1 of the Convention Relating to the Status of Stateless Persons of September 28, 1954;
 - (iv) other persons to the extent that they derive rights from a national of either Contracting Party, from a refugee or from a stateless person within the meaning of this Article;
 - (v) nationals of a state other than a Contracting Party, unless they are included in the group of persons specified in subparagraph (iv); and
- (b) in the operation of the Australian legislation, to any person who is or has been an Australian resident and, where applicable, to other persons in regard to the rights they derive from the persons described above.

Article 4

Equality of treatment

1. Unless otherwise provided in this Agreement:

- (a) in the application of the German legislation, persons specified in subparagraphs (a)(i), (ii), (iii) and (iv) of Article 3 who ordinarily reside in the territory of either Contracting Party shall be treated equally to German nationals; and
- (b) in the application of the Australian legislation, persons specified in paragraph (b) of Article 3 shall be treated equally.

2. Unless otherwise provided in this Agreement, benefits under the German legislation shall be awarded to nationals of Australia,

schen Staatsangehörigen, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der beiden Vertragsparteien gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden deutschen Staatsangehörigen.

Artikel 5 Gebietsgleichstellung

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten die deutschen Rechtsvorschriften, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen oder die Zahlung von Leistungen vom gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland abhängig ist, nicht für die in Artikel 3 Buchstabe a Ziffern i bis iv genannten Personen, die sich gewöhnlich in Australien aufhalten.

(2) Hätte eine Person Anspruch auf eine Leistung nach den australischen Rechtsvorschriften oder aufgrund dieses Abkommens, wenn sie Einwohner Australiens wäre und sich zum Zeitpunkt der Stellung des Antrags auf diese Leistung in Australien befände, und

- a) ist diese Person Einwohner Australiens oder hält sie sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder in einem Drittstaat auf, mit dem Australien ein Abkommen über soziale Sicherheit geschlossen hat, das eine Zusammenarbeit bei der Geltendmachung und Feststellung von Leistungsansprüchen vorsieht, und
- b) befindet sie sich in Australien oder im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder dieses Drittstaats,

so wird diese Person vorbehaltlich des Absatzes 3, sofern sie zu irgendeinem Zeitpunkt Einwohner Australiens gewesen ist, für die Zwecke der Antragstellung so betrachtet, als wäre sie Einwohner Australiens und befände sich zu diesem Zeitpunkt in Australien.

(3) Das Erfordernis, dass eine Person zu irgendeinem Zeitpunkt Einwohner Australiens gewesen sein muss, gilt nicht für eine Person, die eine Vollwaisenrente nach diesem Abkommen beansprucht.

Teil II Bestimmungen betreffend Leistungen

Artikel 6 Zusammenrechnung und Berechnung in Bezug auf deutsche Leistungen

Für den deutschen Träger gilt Folgendes:

- a) Sind deutsche Versicherungszeiten zurückgelegt, so werden für den Erwerb des Leistungsanspruchs nach den deutschen Rechtsvorschriften auch australische Wohnzeiten während des Arbeitslebens berücksichtigt, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.
- b) Die nach Buchstabe a zu berücksichtigenden australischen Wohnzeiten während des Arbeitslebens werden dem Versicherungszweig zugeordnet, dessen Träger unter ausschließlicher Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften für die Feststellung des Rentenanspruchs zuständig ist. Ist danach die knappschaftliche Rentenversicherung zuständiger Träger, so werden australische Wohnzeiten während des Arbeitslebens in der knappschaftlichen Rentenversicherung nur dann berücksichtigt, wenn während dieser Zeit eine Beschäftigung in einem bergbaulichen Betrieb unter Tage ausgeübt wurde.
- c) Für den Erwerb eines Leistungsanspruchs nach den deutschen Rechtsvorschriften
 - i) wird ein Monat, der als Monat während einer australischen Wohnzeit während des Arbeitslebens anerkannt

who ordinarily reside outside the territories of both Contracting Parties, under the same conditions as they are awarded to German nationals who ordinarily reside outside the territories of the Contracting Parties.

Article 5 Equivalence of territories

1. Unless otherwise provided in this Agreement, the German legislation which requires that the acquisition of an entitlement to benefits or the payment of benefits be dependent on ordinarily being resident in the Federal Republic of Germany shall not be applicable to the persons specified in subparagraphs (a)(i), (ii), (iii) and (iv) of Article 3 who ordinarily reside in Australia.

2. Subject to paragraph 3, where a person would be qualified for a benefit under the Australian legislation or under this Agreement except for not being an Australian resident and in Australia on the date on which the claim for that benefit is lodged, but:

- (a) is an Australian resident or ordinarily residing in the territory of the Federal Republic of Germany or of a third country with which Australia has implemented an agreement on social security that includes provision for co-operation in the lodgement and determination of claims for benefits; and
- (b) is in Australia, the territory of the Federal Republic of Germany or the territory of that third country,

that person, so long as he or she has been an Australian resident at some time, shall be deemed, for the purposes of lodging that claim, to be an Australian resident and in Australia on that date.

3. The requirement for a person to have been an Australian resident at some time shall not apply to a person who claims a double orphan pension under this Agreement.

Part II Provisions concerning benefits

Article 6 Totalisation and calculation – German benefits

The following shall apply as regards the German institution:

- (a) When German periods of coverage have been completed, periods of Australian working life residence shall also be taken into account for purposes of determining eligibility for benefits under German legislation, provided that these periods do not coincide with the above-mentioned periods of coverage.
- (b) The periods of Australian working life residence to be taken into account under subparagraph (a) shall be assigned to that branch of insurance whose institution is responsible for determining entitlement to a pension as if only the German legislation is applied. If, according to the foregoing, the Miners' Pension Insurance is the competent institution, periods of Australian working life residence shall be taken into account for the Miners' Pension Insurance only if the relevant person was employed in a mining enterprise in underground operations during this time.
- (c) For purposes of determining eligibility for a benefit payable under the German legislation:
 - (i) a month which is recognised as a month in a period of Australian working life residence shall be considered as a

- wird, als ein Beitragsmonat nach den deutschen Rechtsvorschriften anerkannt;
- ii) wird ein Jahr, das als ein Jahr während einer australischen Wohnzeit während des Arbeitslebens anerkannt wird, als zwölf Beitragsmonate nach den deutschen Rechtsvorschriften anerkannt.
- d) Entgeltpunkte werden nur aus den rentenrechtlichen Zeiten ermittelt, die nach den deutschen Rechtsvorschriften für die Berechnung der deutschen Leistungen zu berücksichtigen sind.
- month of contributions under the German legislation; and
- (ii) a year which is recognised as a year in a period of Australian working life residence shall be considered as twelve months of contributions under the German legislation.
- (d) Earnings points shall be determined solely on the basis of pension rating periods to be taken into account under the German legislation in the calculation of German benefits.

Artikel 7

Zusammenrechnung in Bezug auf australische Leistungen

(1) Hat eine Person, auf die dieses Abkommen Anwendung findet, einen Antrag auf eine australische Leistung nach diesem Abkommen gestellt und

- a) eine Zeit als Einwohner Australiens zurückgelegt, die kürzer ist als die Zeit, die für einen auf dieser Grundlage basierenden Anspruch dieser Person auf eine Leistung nach den australischen Rechtsvorschriften vorgesehen ist,
- b) eine australische Wohnzeit während des Arbeitslebens zurückgelegt, die ebenso lang wie oder länger als die nach Absatz 4 für diese Person festgelegte Zeit ist, und
- c) eine deutsche Versicherungszeit zurückgelegt,

dann gilt diese deutsche Versicherungszeit in Bezug auf den Antrag auf diese australische Leistung ausschließlich zur Erfüllung einer in den australischen Rechtsvorschriften für diese Leistung festgelegten Mindestwartezeit als Zeit, während der diese Person Einwohner Australiens war.

(2) Bei der Anwendung des Absatzes 1 in Bezug auf eine Person,

- a) die Einwohner Australiens während einer ununterbrochenen Zeit war, die kürzer ist als die nach den australischen Rechtsvorschriften für einen Anspruch dieser Person auf eine Leistung vorgesehene ununterbrochene Mindestzeit, und
- b) die eine deutsche Versicherungszeit in zwei oder mehr getrennten Zeiträumen zurückgelegt hat, deren Gesamtdauer der unter Buchstabe a genannten Zeit entspricht oder diese übersteigt,

gilt die Gesamtdauer der deutschen Versicherungszeiten als eine ununterbrochene Zeit.

(3) Fällt eine Zeit, in der eine Person Einwohner Australiens war, mit einer deutschen Versicherungszeit zusammen, so wird diese sich überschneidende Zeit bei der Anwendung dieses Artikels von Australien nur einmal als Zeit berücksichtigt, in der diese Person Einwohner Australiens war.

(4) Die Mindestdauer einer australischen Wohnzeit während des Arbeitslebens, die bei der Anwendung des Absatzes 1 zu berücksichtigen ist, wird wie folgt festgelegt:

- a) Bei einer australischen Leistung, die an eine Person zahlbar ist, die nicht Einwohner Australiens ist, beträgt die vorgeschriebene Mindestdauer zwölf Monate, von denen mindestens sechs Monate ununterbrochen zurückgelegt worden sein müssen;
- b) bei einer australischen Leistung, die an einen Einwohner Australiens zahlbar ist, ist keine Mindestdauer erforderlich.

(5) Für den Anspruch einer Person auf eine Rente für eine verwitwete Person gilt die von dem Partner dieser Person zurückgelegte deutsche Versicherungszeit als von ihr zurückgelegte deutsche Versicherungszeit, wobei Zeiten, in denen sowohl die Person selbst als auch ihr Partner deutsche Versicherungszeiten zurückgelegt haben, nur einmal berücksichtigt werden.

Article 7

Totalisation – Australian benefits

1. Where a person to whom this Agreement applies has claimed an Australian benefit under this Agreement and has accumulated:

- (a) a period as an Australian resident that is less than the period required to qualify that person, on that ground, under the Australian legislation for a benefit;
- (b) a period of Australian working life residence equal to or greater than the period identified in accordance with paragraph 4 for that person; and
- (c) a German period of coverage,

then for the purposes of a claim for that Australian benefit, that German period of coverage shall be deemed, only for the purposes of meeting any minimum qualifying periods for that benefit set out in the Australian legislation, to be a period in which that person was an Australian resident.

2. For the purposes of paragraph 1, where a person:

- (a) has been an Australian resident for a continuous period which is less than the minimum continuous period required by the Australian legislation for qualification of that person for a benefit; and
- (b) has accumulated a German period of coverage in two or more separate periods that equals or exceeds in total the period referred to in subparagraph (a),

the total of the German periods of coverage shall be deemed to be one continuous period.

3. For the purposes of this Article, where a person's period as an Australian resident and a German period of coverage coincide, the period of coincidence shall be taken into account once only by Australia as a period as an Australian resident.

4. The minimum period of Australian working life residence to be taken into account for the purposes of paragraph 1 shall be as follows:

- (a) for the purposes of an Australian benefit that is payable to a person who is not an Australian resident, the minimum period required shall be 12 months, of which at least six months must be continuous; and
- (b) for the purposes of an Australian benefit that is payable to an Australian resident, no minimum period shall be required.

5. For the purposes of a claim by a person for a pension payable to a widowed person, that person shall be deemed to have accumulated a German period of coverage for which his or her partner accumulated a German period of coverage but any period during which the person and his or her partner both accumulated German periods of coverage shall be taken into account once only.

Artikel 8**Berechnung der australischen Leistungen**

(1) Hat eine Person, die sich außerhalb von Australien befindet, Anspruch auf eine australische Leistung aufgrund dieses Abkommens, bei der es sich nicht um eine Vollwaisenrente handelt, so wird vorbehaltlich des Absatzes 2 die Höhe der Leistung nach den australischen Rechtsvorschriften bestimmt.

(2) Ist eine australische Leistung aufgrund dieses Abkommens oder aus sonstigen Gründen an eine Person zahlbar, die sich außerhalb von Australien befindet, so wird vorbehaltlich des Absatzes 3 die Höhe dieser Leistung nach den australischen Rechtsvorschriften bestimmt, wobei jedoch bei der Anrechnung des Einkommens dieser Person für die Zwecke der Berechnung der Höhe der australischen Leistung nur ein Teil der deutschen Leistung als Einkommen betrachtet wird. Dieser Teil wird errechnet, indem die Zahl der vollen Monate (jedoch nicht mehr als 300), die während einer australischen Wohnzeit während des Arbeitslebens zurückgelegt und für die Feststellung der australischen Leistung dieser Person herangezogen wurden, mit dem Betrag der deutschen Leistung multipliziert und das Ergebnis durch 300 geteilt wird.

(3) Nur Personen, die eine anteilige australische Leistung erhalten, haben Anspruch auf die in Absatz 2 beschriebene vergründigte Einkommensanrechnung.

(4) Ist eine australische Leistung aufgrund dieses Abkommens oder aus anderen Gründen an eine Person zahlbar, die sich in der Bundesrepublik Deutschland gewöhnlich aufhält, so werden von Australien bei der Anrechnung des Einkommens dieser Person deutsche Sozialhilfeleistungen und Zahlungen ähnlicher Art, die bei Bedürftigkeit erbracht werden, nicht berücksichtigt, soweit sie von den zuständigen Behörden auf Vorschlag der in Artikel 16 genannten Verbindungsstellen gemeinsam festgestellt und in der Verwaltungsvereinbarung (Administrative Arrangement) aufgeführt werden.

(5) Die Absätze 1, 2 und 4 gelten für die Dauer von 26 Wochen weiter, wenn eine Person vorübergehend nach Australien kommt.

(6) Vorbehaltlich des Absatzes 7 wird in Fällen, in denen eine australische Leistung nur aufgrund des Abkommens an eine Person zahlbar ist, die sich in Australien befindet, die Höhe dieser Leistung festgestellt, indem

- a) das Einkommen dieser Person nach den australischen Rechtsvorschriften berechnet wird, wobei deutsche Leistungen, auf die diese Person Anspruch hat, bei dieser Berechnung außer Acht gelassen werden;
- b) die deutsche Leistung vom Höchstbetrag der australischen Leistung abgezogen wird und
- c) auf die unter Buchstabe b errechnete Restleistung die nach den australischen Rechtsvorschriften vorgesehene Berechnungsmethode angewandt wird, wobei als Einkommen dieser Person der unter Buchstabe a errechnete Betrag herangezogen wird.

(7) Absatz 6 gilt für die Dauer von 26 Wochen weiter, wenn eine Person Australien vorübergehend verlässt.

(8) Hat eine Person, die mit einer anderen als Paar zusammenlebt, oder haben sowohl diese Person als auch ihr Partner Anspruch auf eine deutsche Leistung oder deutsche Leistungen beziehungsweise auf eine in diesem Artikel genannte Zahlung, so werden beide Personen für die Anwendung dieses Artikels und der australischen Rechtsvorschriften je nach Sachlage so behandelt, als erhielten sie jeweils die Hälfte des Betrags dieser Leistung oder des Gesamtbetrags beider Leistungen.

Artikel 9**Zahlung der australischen Leistungen ins Ausland**

(1) Die australischen Leistungen sind auch in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zu zahlen.

Article 8**Calculation – Australian benefits**

1. Subject to paragraph 2, where a person who is outside Australia is qualified for an Australian benefit by virtue of this Agreement, other than double orphan pension, the rate of benefit shall be determined according to the Australian legislation.

2. Subject to paragraph 3, where an Australian benefit is payable, whether by virtue of this Agreement or otherwise, to a person who is outside Australia, the rate of that benefit shall be determined according to Australian legislation but, when assessing the income of that person for the purposes of calculating the rate of the Australian benefit, only a proportion of the German benefit shall be regarded as income. That proportion shall be calculated by multiplying the number of whole months (not exceeding 300) of Australian working life residence used in the assessment of that person's Australian benefit by the amount of German benefit and dividing that product by 300.

3. Only a person receiving a proportionalised Australian benefit shall be entitled to receive the concessional assessment of income described in paragraph 2.

4. Where an Australian benefit is payable, whether by virtue of this Agreement or otherwise, to a person who ordinarily resides in the Federal Republic of Germany, Australia shall disregard, when assessing the income of that person, any German social assistance and payments of a similar character provided in case of need insofar as they are proposed by the liaison agencies specified in Article 16 and jointly approved by the competent authorities and listed in the Administrative Arrangement (Verwaltungsvereinbarung).

5. The provisions in paragraphs 1, 2 and 4 shall continue to apply for 26 weeks where a person comes temporarily to Australia.

6. Subject to the provisions of paragraph 7, where an Australian benefit is payable only by virtue of the Agreement to a person who is in Australia, the rate of that benefit shall be determined by:

- (a) calculating that person's income according to the Australian legislation but disregarding in that calculation any German benefit to which the person is entitled;
- (b) deducting that German benefit from the maximum rate of that Australian benefit; and
- (c) applying to the remaining benefit obtained under subparagraph (b) the relevant rate calculation set out in the Australian legislation, using as the person's income the amount calculated under subparagraph (a).

7. The provisions in paragraph 6 shall continue to apply for 26 weeks where a person departs temporarily from Australia.

8. Where a member of a couple is, or both that member and his or her partner are, entitled to a German benefit or benefits and/or any payment referred to in this Article, each of them shall be deemed, for the purposes of this Article and of the Australian legislation, to be in receipt of one half of either the amount of that benefit or the total of both of those benefits, as the case may be.

Article 9**Payment of Australian benefits overseas**

1. Australian benefits are also payable into the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) Sofern nach den australischen Rechtsvorschriften vorgesehen ist, dass eine Leistung außerhalb des Hoheitsgebiets von Australien zu zahlen ist, ist diese Leistung, sofern sie aufgrund dieses Abkommens zu zahlen ist, auch außerhalb der Hoheitsgebiete der beiden Vertragsparteien zu zahlen.

(3) Sofern der Anspruch auf eine australische Leistung von zeitlichen Beschränkungen abhängig ist, gilt der Verweis auf Australien in Bezug auf diese Beschränkungen auch als Verweis auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland.

(4) Bestimmungen der australischen Rechtsvorschriften, welche die Zahlung einer australischen Leistung an einen früheren Einwohner Australiens untersagen, der

- a) nach Australien zurückkehrt, um dort wieder Einwohner Australiens zu werden,
- b) eine australische Leistung beantragt und
- c) Australien innerhalb eines in diesen Rechtsvorschriften bezeichneten Zeitraums verlässt,

gelten nicht für eine Person, die eine solche Leistung aufgrund des Abkommens bezieht.

(5) Wäre an eine Person eine Vollwaisenrente nach den australischen Gesetzen über soziale Sicherheit in Bezug auf eine junge Person zu zahlen, deren einziger überlebender Elternteil gestorben ist, während diese junge Person Einwohner Australiens war, wenn diese Person und diese junge Person Einwohner Australiens wären, so wird diese Rente vorbehaltlich dieser Gesetze auch gezahlt, während diese Person und diese junge Person sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten.

2. Where the Australian legislation provides that a benefit is payable outside the territory of Australia, then that benefit, when payable under this Agreement, is also payable outside the territories of both Contracting Parties.

3. Where qualification for an Australian benefit is subject to limitations as to time, then references to Australia in those limitations shall be read also as references to the territory of the Federal Republic of Germany.

4. Any provisions of Australian legislation which prohibit the payment of an Australian benefit to a former Australian resident who:

- (a) returns to Australia to again become an Australian resident;
- (b) claims an Australian benefit; and
- (c) departs from Australia within a period specified in that legislation,

shall not apply to a person who receives that benefit by virtue of the Agreement.

5. Where a double orphan pension would be payable to a person under the social security laws of Australia, in respect of a young person whose sole surviving parent died while that young person was an Australian resident, if that person and that young person were residents of Australia, that pension shall, subject to the provisions of those laws, be payable while that person and that young person are residents of the Federal Republic of Germany.

Teil III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Amtshilfe

Artikel 10

Gegenseitige Hilfe

(1) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und zuständigen Behörden der Vertragsparteien leisten einander bei der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und der Durchführung dieses Abkommens gegenseitige Hilfe in gleicher Weise, in der sie ihre eigenen Rechtsvorschriften anwenden.

(2) Der Träger einer Vertragspartei übermittelt, soweit nach seinen Rechtsvorschriften zulässig, dem Träger der anderen Vertragspartei auf Ersuchen kostenlos die in seinem Besitz befindlichen ärztlichen Angaben und Unterlagen, die sich auf die Erwerbsunfähigkeit eines Antragstellers oder Berechtigten beziehen.

(3) Verlangt ein Träger einer Vertragspartei von einem Antragsteller oder Berechtigten, der im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei lebt, sich einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen, so wird diese auf Ersuchen dieses Trägers vom Träger der anderen Vertragspartei veranlasst oder durchgeführt. Die ärztliche Untersuchung erfolgt auf Kosten des ersuchenden Trägers.

(4) Die in Absatz 1 genannten Stellen übermitteln einander im Rahmen ihrer Zuständigkeit, soweit möglich, die Auskünfte und die Unterlagen, die zur Erhaltung der Rechte und Pflichten dienen, die sich für die Beteiligten aus den in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften und diesem Abkommen ergeben. Solche Auskünfte oder Unterlagen, die eine Person betreffen, sind dieser auf Antrag ebenfalls zu übermitteln.

Part III

Miscellaneous provisions

Chapter 1

Administrative assistance

Article 10

Mutual assistance

1. The institutions, associations of institutions, authorities and competent authorities of the Contracting Parties shall provide assistance to each other in the application of the legislation specified in paragraph 1 of Article 2 and in the implementation of this Agreement, in the same manner in which they apply their own legislation.

2. The institution of one Contracting Party, when requested by the institution of the other Contracting Party, shall, to the extent permitted by its legislation, provide to that institution free of charge any medical data and documents in its possession relating to the general disability of an applicant or beneficiary.

3. If an institution of one Contracting Party requires an applicant or beneficiary who lives in the territory of the other Contracting Party to undergo a medical examination, such examination shall, at the request of that institution, be arranged or carried out by the institution of the latter Contracting Party. The medical examination will be done at the expense of the requesting institution.

4. The agencies referred to in paragraph 1 shall, within their respective areas of jurisdiction and to the extent possible, communicate to each other such information and transmit such documentation as may be required to maintain the rights and obligations of the persons concerned under the legislation specified in paragraph 1 of Article 2 and under this Agreement. Such information or documentation regarding a person shall also be transmitted to that person at his or her request.

(5) Die in Absatz 1 genannte Hilfe ist kostenlos, sofern nicht die zuständigen Behörden die Erstattung bestimmter Arten von Auslagen vereinbaren.

Artikel 11 **Gebühren**

(1) Sind nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Urkunden, die einer Behörde oder einem Träger dieser Vertragspartei vorgelegt werden, ganz oder teilweise von Verwaltungskosten einschließlich Konsulargebühren befreit, so gilt die Befreiung auch für Urkunden, die einer Behörde oder einem Träger der anderen Vertragspartei nach dessen Rechtsvorschriften vorgelegt werden.

(2) Urkunden, die bei der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und der Durchführung dieses Abkommens einer Behörde oder einem Träger einer Vertragspartei vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber einer Behörde oder einem Träger der anderen Vertragspartei keiner Legalisation oder anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 12 **Verkehrssprachen**

Die in Artikel 10 Absatz 1 genannten Stellen können bei der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und der Durchführung dieses Abkommens in ihren Amtssprachen unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern verkehren.

Artikel 13 **Einreichung von Schriftstücken**

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei bei einer Stelle der anderen Vertragspartei gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger der ersten Vertragspartei gestellt, und zwar an demselben Tag, an dem er bei der Stelle der anderen Vertragspartei eingereicht wurde. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Werden Anträge, Erklärungen oder Rechtsbehelfe bei einer Stelle der einen Vertragspartei eingereicht, so stellt diese Stelle sicher, dass sie unverzüglich an die zuständige Verbindungsstelle der anderen Vertragspartei weitergeleitet werden.

(3) In Bezug auf Australien bedeutet ein Rechtsbehelf einen bei einem nach den australischen Gesetzen über soziale Sicherheit errichteten Gremium eingereichten Rechtsbehelf.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes 5 gilt der Antrag einer Person auf eine Leistung einer Vertragspartei unabhängig davon, ob er im Hoheitsgebiet dieser oder der anderen Vertragspartei gestellt wird, als Antrag auf eine entsprechende Leistung bei der anderen Vertragspartei, wenn die von der Person in dem ursprünglichen Antrag gemachten Angaben darauf hindeuten, dass die Person Anspruch auf diese entsprechende Leistung haben könnte. Dies gilt nicht, wenn die Person unter dem normalen Altersrentenalter der anderen Vertragspartei liegt und die Person ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung eines nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei erworbenen Anspruchs auf Altersrente aufgeschoben wird.

(5) Absatz 4 findet keine Anwendung, wenn der ursprüngliche Antrag oder eine Kopie davon nicht innerhalb von sechs Monaten nach der Stellung des ursprünglichen Antrags bei der zuständigen Verbindungsstelle der anderen Vertragspartei eingeht.

Artikel 14 **Erstattung von überzahlten Leistungen**

(1) Hat ein deutscher Träger an eine Person zu Unrecht für einen Zeitraum eine Leistung erbracht und hat der australische

5. The assistance referred to in paragraph 1 shall be provided free of charge, subject to any arrangement reached between the competent authorities for the reimbursement of certain types of expenses.

Article 11 **Fees**

1. Where, under the legislation of one Contracting Party documents submitted to an authority or institution of that Contracting Party are partly or fully exempt from administrative charges, including consular fees, this exemption shall also apply to documents which are submitted to an authority or institution of the other Contracting Party in accordance with its legislation.

2. Documents which, in the application of the legislation specified in paragraph 1 of Article 2 and in the implementation of this Agreement, must be submitted to an authority or institution of one Contracting Party, may be submitted to an authority or institution of the other Contracting Party without consular authentication or any other similar formality.

Article 12 **Languages of communication**

In the application of the legislation specified in paragraph 1 of Article 2 and in the implementation of this Agreement, the agencies referred to in paragraph 1 of Article 10 may communicate in their respective official languages directly with each other as well as with persons concerned and with their representatives.

Article 13 **Lodgement of documents**

1. If a claim for a benefit under the legislation of one Contracting Party has been submitted to an agency of the Contracting Party which, under the legislation of the latter Contracting Party, is competent to receive a claim for a corresponding benefit, that claim shall be deemed to have been submitted to the competent institution of the first Contracting Party on the same date as the claim was lodged with the agency in the other Contracting Party. This provision shall apply, as appropriate, to other claims, notices and appeals.

2. Where a claim, notice or appeal is received by an agency of one Contracting Party, that agency shall ensure it is forwarded without delay to the appropriate liaison agency of the other Contracting Party.

3. In relation to Australia, an appeal means an appeal submitted to a body established under the social security laws of Australia.

4. Subject to paragraph 5, a claim by a person for a benefit from a Contracting Party, whether lodged in the territory of that Contracting Party or of the other Contracting Party, shall be deemed to be a claim for a corresponding benefit from that other Contracting Party if the information disclosed by the person in the original claim indicates that the person may be qualified for a corresponding benefit. The foregoing shall not apply if the person is under the normal age pension age of the other Contracting Party and the person explicitly requests that the determination of entitlement to old age benefits acquired under the legislation of the other Contracting Party be deferred.

5. Paragraph 4 shall not apply if the original claim or a copy is not received by the appropriate liaison agency of the other Contracting Party within six months of the lodgement of the original claim.

Article 14 **Recovery of overpayments**

1. Where a German institution has made an overpayment of a benefit to a person for any period and the Australian institution is

Träger für denselben Zeitraum eine Leistung nachzuzahlen, so behält der australische Träger auf Ersuchen des deutschen Trägers den Betrag der zu Unrecht erbrachten Leistung von der Nachzahlung ein und leitet diesen Betrag an den deutschen Träger weiter.

(2) Sofern

- a) einer Person in Bezug auf eine Zeit in der Vergangenheit nach den deutschen Rechtsvorschriften eine Leistung gezahlt wird oder zu zahlen ist,
- b) Australien dieser Person für die Gesamtheit oder einen Teil dieser Zeit eine Leistung nach seinen Gesetzen über soziale Sicherheit gezahlt hat und
- c) der Betrag der von Australien gezahlten Leistung gekürzt worden wäre, wenn die nach den deutschen Rechtsvorschriften gezahlte oder zu zahlende Leistung während dieser Zeit gezahlt worden wäre,

dann

- d) wird der Betrag, der von Australien nicht gezahlt worden wäre, wenn die unter Buchstabe a beschriebene Leistung während dieser Zeit in der Vergangenheit regelmäßig gezahlt worden wäre, von dieser Person geschuldet und kann von Australien beigetrieben werden,
- e) kann Australien beschließen, dass der Betrag oder nur ein Teil dieser Schuld von künftigen Leistungszahlungen, die Australien an diese Person zu erbringen hat, abgezogen werden kann.

(3) Hat der deutsche Träger die in Absatz 2 Buchstabe a bezeichnete Leistung noch nicht an die Person gezahlt,

- a) so zahlt der deutsche Träger auf Ersuchen des australischen Trägers den zur Begleichung der in Absatz 2 Buchstabe d bezeichneten Schuld notwendigen Leistungsbetrag an den australischen Träger und zahlt einen etwaigen Restbetrag an die Person aus;
- b) ein etwaiger Fehlbetrag kann von der zuständigen Behörde Australiens nach Absatz 2 Buchstabe e eingezogen werden.

(4) In Absatz 2 bedeutet der Ausdruck „Leistung“ in Bezug auf Australien eine Rente, Leistung oder Beihilfe, die nach den australischen Gesetzen über soziale Sicherheit zu zahlen ist.

Artikel 15 Datenschutz

(1) Im Rahmen der Hilfe nach Artikel 10 übermittelt eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei Daten über eine Person, insbesondere über von ihr an diese Person geleistete Zahlungen, nur dann, wenn diese Person

- a) von einer Bestimmung des Abkommens Gebrauch macht,
- b) nach Inkrafttreten des Abkommens eine Leistung von der ersten Vertragspartei beantragt oder
- c) vor Inkrafttreten des Abkommens von der zweiten Vertragspartei eine Leistung bezieht und die erste Vertragspartei ermächtigt, der zweiten Vertragspartei die Daten zur Verfügung zu stellen.

(2) Ungeachtet der Gesetze oder Verwaltungsgepflogenheiten einer Vertragspartei werden personenbezogene Daten betreffend eine Person, die diese Vertragspartei von der anderen Vertragspartei erhält, nicht ohne die vorherige schriftliche Zustimmung dieser anderen Vertragspartei an ein anderes Land oder an eine Organisation in diesem anderen Land weitergeleitet oder diesem beziehungsweise dieser offenbart.

(3) Die Vertragsparteien stimmen darin überein, dass es außer in den in Absatz 1 genannten Fällen keine Verpflichtung für einen Träger gibt, personenbezogene Daten zu offenbaren.

(4) Für die Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten sowie von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen aufgrund dieses Abkommens oder einer Vereinbarung zu seiner

to pay arrears of an Australian benefit for the same period, the Australian institution shall, at the request of that German institution, deduct from those arrears the amount of the overpayment by the German institution and shall transfer the amount so deducted to the German institution.

2. Where:

- (a) a benefit is paid or payable under German legislation to a person in respect of a past period;
- (b) for all or part of that period, Australia has paid to that person a benefit under its social security law; and
- (c) the amount of the benefit paid by Australia would have been reduced had the benefit paid or payable under German legislation been paid during that period;

then

- (d) the amount that would not have been paid by Australia had the benefit described in subparagraph (a) been paid on a periodical basis throughout that past period shall be a debt due by that person and may be recovered by Australia; and
- (e) Australia may determine that the amount or only part of that debt may be deducted from future payments of a benefit payable by Australia to that person.

3. Where a German institution has not yet paid the benefit described in subparagraph 2(a) to the person:

- (a) the German institution shall, at the request of the institution of Australia pay the amount of the benefit necessary to meet the debt described in subparagraph 2(d) to the Australian institution and shall pay any excess to the person; and
- (b) any shortfall may be recovered by the competent authority of Australia under subparagraph 2(e).

4. In paragraph 2, "benefit" means, in relation to Australia, a pension, benefit or allowance that is payable under the social security law of Australia.

Article 15 Data protection

1. In providing assistance under Article 10, a Contracting Party shall supply to the other Contracting Party data about a person, particularly about any payments it makes to that person, only where that person:

- (a) wishes to make use of any provision of the Agreement; or
- (b) claims a benefit from the first Contracting Party after the Agreement enters into force; or
- (c) is receiving a benefit from the second Contracting Party before the Agreement enters into force and authorises the first Contracting Party to provide the data to the second Contracting Party.

2. Notwithstanding any laws or administrative practices of a Contracting Party, no personal data concerning a person which is received by that Contracting Party from the other Contracting Party shall be transferred or disclosed to any other country or to any organisation within that other country without the prior written consent of that other Contracting Party.

3. The Contracting Parties agree that there is no obligation on any institution to disclose personal data except under paragraph 1.

4. The processing and use of any personal data or any business or industrial secret made in accordance with this Agreement or with any arrangement for the implementation of the

Durchführung gilt das jeweilige innerstaatliche Datenschutzrecht. Die genannten Daten dürfen nur den in Artikel 16 genannten Stellen übermittelt werden. Der Empfänger der Daten ist verpflichtet, diese wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(5) Die aufgrund dieses Artikels übermittelten Daten dürfen vom Empfänger nicht unbefugt offenbart und nur zur Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, verarbeitet oder genutzt werden. Eine weitere Übermittlung durch den Empfänger für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts der Vertragspartei, welche die Daten empfangen hat, zulässig, wenn dies Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Dies verhindert jedoch nicht die Weiterübermittlung dieser Daten durch die Vertragspartei, welche die Daten empfangen hat, in Fällen, in denen hierzu nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften dieser Vertragspartei für strafrechtlich geschützte Belange oder für steuerliche Zwecke eine Verpflichtung besteht. Im Übrigen darf die Weiterübermittlung an andere als die in Artikel 16 genannten Stellen nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stellen erfolgen.

(6) Die übermittelnde Stelle achtet auf die Richtigkeit der übermittelten Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck. Stellt die übermittelnde Stelle fest, dass Daten anders als in Übereinstimmung mit diesem Absatz übermittelt worden sind, so teilt sie dies dem Empfänger unverzüglich mit. Der Empfänger ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung der Daten vorzunehmen. Er teilt der übermittelnden Stelle auf Ersuchen mit, zu welchem Zweck und mit welchem Ergebnis die übermittelten Daten verwendet wurden.

(7) Der Empfänger der Daten erteilt einer Person auf Antrag Auskunft über die in Bezug auf sie übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, von deren Stelle die Auskunft begehrt wird.

(8) Der Empfänger von Daten, die aufgrund dieses Abkommens übermittelt wurden, löscht diese Daten, wenn sie für die Durchführung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften, auf die sich das Abkommen bezieht, nicht mehr erforderlich sind.

(9) Falls die Übermittlung unrichtiger Daten dazu führt, dass eine Person einen niedrigeren Leistungsbetrag erhält, passt die Stelle, die für die Zahlung der Leistung zuständig ist, den Betrag der Leistung an und nimmt rückwirkend die der Person zustehenden Zahlungen vor, wenn die berichtigten Daten eingehen.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung des Abkommens

Artikel 16

Durchführungsvereinbarungen und Verbindungsstellen

(1) Die Regierungen der Vertragsparteien oder die zuständigen Behörden können zur Durchführung dieses Abkommens Vereinbarungen schließen. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Zur Durchführung dieses Abkommens werden folgende Verbindungsstellen bezeichnet:

- a) in der Bundesrepublik Deutschland
für die Rentenversicherung der Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen, Oldenburg,

Agreement shall be governed by the respective national laws concerning the protection of data. The said data shall be transmitted to the bodies specified in Article 16 only. The recipient of the data shall be obliged to protect the data effectively against unauthorised access, modification and disclosure.

5. Data transmitted in accordance with this Article shall not be disclosed by the recipient without authorisation and shall be processed or used only for the purposes of implementing this Agreement or the legislation to which it applies. The passing on of this data by the recipient for other purposes is permissible in the framework of the law of the Contracting Party receiving the data provided this serves social security purposes including related judicial proceedings. However, the foregoing shall not prevent the Contracting Party receiving the data from passing it on in cases that are mandatory under the laws and regulations of that Party for the interests protected by criminal law or for the purposes of taxation. In all other cases the passing on to bodies other than those specified in Article 16 shall only be permissible upon prior consent of the transmitting bodies.

6. The transmitting body shall ensure that transmitted data is correct and reasonably necessary for the purpose for which the transmission is intended. Should the transmitting body find that data has been transmitted otherwise than in accordance with this paragraph the transmitting body shall notify the recipient immediately. The recipient shall be obliged to correct or delete the data. It shall, at the request of the transmitting body, notify that body of the purposes for which the transmitted data has been used and the results obtained from that usage.

7. The recipient of the data shall, upon the request of a person, provide to that person details of the data transmitted in relation to that person and the uses for which that data is intended to be put. In all other cases, the right of the person concerned to receive details of the data held in relation to that person shall be determined by the national law of the Contracting Party whose body requested the information.

8. A recipient of data transmitted under this Agreement shall delete that data when it ceases to be necessary for the application of this Agreement or the legislation to which the Agreement applies.

9. Should the transmission of incorrect data result in a person receiving a lesser amount of benefit, the agency responsible for paying the benefit shall adjust the amount of the benefit and pay any retrospective amounts owing to the person when the correct data is received.

Chapter 2

Implementation and interpretation of the Agreement

Article 16

Implementation arrangements and liaison agencies

1. The Governments of the Contracting Parties or the competent authorities may conclude arrangements for the implementation of this Agreement. The competent authorities shall keep each other informed about any amendments or additions to their legislation.

2. The following are designated as liaison agencies for the implementation of this Agreement:

- (a) in the Federal Republic of Germany,
for the Wage Earners' Pension Insurance,
the Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen, Oldenburg

für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,

für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;

b) in Australien

der Träger, dem die Ausführung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b genannten Gesetze obliegt.

(3) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese bezeichnete Verbindungsstelle für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und der Erbringung von Leistungen zuständig, wenn

- a) deutsche Versicherungszeiten und australische Wohnzeiten während des Arbeitslebens vorhanden sind,
- b) der Berechtigte sich in Australien gewöhnlich aufhält oder
- c) der Berechtigte sich als australischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Hoheitsgebiete der beiden Vertragsparteien aufhält.

Satz 1 gilt nicht für das Erbringen der medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation.

(4) Die Zuständigkeit der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse bleibt unberührt.

(5) Den Verbindungsstellen nach Absatz 2 und den Trägern nach Absatz 4 obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über ihre Rechte und Pflichten nach diesem Abkommen.

(6) Die Verbindungsstellen nach Absatz 2 und die Träger nach Absatz 4 schließen unter Beteiligung der zuständigen Behörden eine Verwaltungsvereinbarung (Administrative Arrangement), in der die Verwaltungsmaßnahmen, die zur Durchführung dieses Abkommens notwendig und zweckmäßig sind, festgelegt werden.

(7) Die Verbindungsstellen nach Absatz 2 und die Träger nach Absatz 4 erstellen, soweit möglich, für jedes Kalenderjahr Statistiken über die aufgrund des Abkommens vorgenommenen Zahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der nach Rentenarten gegliederten Renten und Abfindungen erstrecken. Die Statistiken werden ausgetauscht.

(8) Geldleistungen werden an Empfänger im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ohne Einschaltung einer Verbindungsstelle dieser Vertragspartei ausbezahlt.

Artikel 17

Währung und Umrechnungskurs

(1) Leistungen können von einem Träger der einen Vertragspartei nach seinem Ermessen an eine Person im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in der Währung

- a) der ersten Vertragspartei,
- b) der anderen Vertragspartei oder
- c) eines dritten Staates

wirksam erbracht werden.

(2) Werden Leistungen eines deutschen Trägers in der Währung der anderen Vertragspartei oder eines dritten Staates erbracht, so ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, an dem die Übermittlung vorgenommen wird.

for the Salaried Employees' Pension Insurance,
the Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin

for the Miners' Pension Insurance,
the Bundesknappschaft, Bochum

for the Steelworkers' Supplementary Insurance,
the Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;

(b) in Australia,

the institution responsible for the administration of the laws specified in subparagraph 1(b) of Article 2.

3. Where German legislation does not already make provision to this effect, the liaison agency designated for the Wage Earners' Pension Insurance system shall be responsible, within the scope of that system, for all procedures including the determination and award of benefits, provided that:

- (a) there are German periods of coverage and periods of Australian working life residence;
- (b) the person entitled to a benefit ordinarily resides in Australia; or
- (c) the person entitled to a benefit is an Australian national who ordinarily resides outside the territories of both Contracting Parties.

This paragraph shall not apply to the provision of medical, occupational, and supplementary rehabilitation benefits.

4. The jurisdiction of the Railways Insurance Institution and the Seamen's Insurance Institution shall remain unaffected.

5. The liaison agencies listed in paragraph 2 and the institutions mentioned in paragraph 4 shall, within their respective areas of jurisdiction, be responsible for generally informing the persons concerned about their rights and obligations under this Agreement.

6. The liaison agencies listed in paragraph 2 and the institutions mentioned in paragraph 4, with the participation of the competent authorities, shall conclude an Administrative Arrangement (Verwaltungsvereinbarung) setting out the administrative measures required and expedient for implementing this Agreement.

7. As far as possible, the liaison agencies listed in paragraph 2 and the institutions mentioned in paragraph 4 shall compile statistics on the payments made under the Agreement for each calendar year. Where possible, these statistics will show the number and total amount of pensions and lump-sum settlements by type of pension. These statistics shall be exchanged.

8. Cash benefits payable to recipients in the territory of the other Contracting Party shall be paid without recourse to a liaison agency in that Contracting Party.

Article 17

Currency and exchange rate

1. To provide for the effective payment of benefits an institution of a Contracting Party may, at its discretion, pay a benefit to a person in the territory of the other Contracting Party in the currency of:

- (a) the first Contracting Party;
- (b) the other Contracting Party; or
- (c) a third country.

2. If benefits of a German institution are paid in the currency of the other Contracting Party or of a third country, the conversion rate shall be the rate of exchange in effect on the day when the remittance is made.

Artikel 18**Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie, sofern nichts anderes vereinbart wird, auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet, dessen Zusammensetzung zwischen den Vertragsparteien von Fall zu Fall vereinbart wird. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren einschließlich der Kostenregelung selbst. Seine Entscheidungen sind bindend.

Teil IV**Übergangs- und Schlussbestimmungen****Artikel 19****Berücksichtigung von Ansprüchen nach dem Abkommen**

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Sofern das Abkommen nichts anderes bestimmt, werden bei seiner Anwendung und der Feststellung von Rechten nach dem Abkommen (einschließlich einer Entscheidung über den Erwerb eines Leistungsanspruchs) alle rechtserheblichen Ereignisse einschließlich Versicherungszeiten und Zeiten als Einwohner Australiens berücksichtigt, unabhängig davon, wann diese Ereignisse eingetreten sind.

(3) Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegen.

(4) Ist eine Leistung nach den deutschen Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten dieses Abkommens bindend festgestellt worden, so erfolgt eine Überprüfung und Neufeststellung dieser Leistung nach diesem Abkommen nur, wenn der Berechtigte dies ausdrücklich beantragt.

Artikel 20**Schlussprotokoll**

Das beiliegende Schlussprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 21**Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 22**Geltungsdauer**

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei der anderen Vertragspartei.

(2) Tritt dieses Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis zum Wirksamwerden der Kündigung erworbenen Leistungsansprüche weiter; einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluss eines Anspruchs

Article 18**Resolution of disputes**

1. Disagreements between the two Contracting Parties regarding the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled by the competent authorities.

2. Unless otherwise agreed, if a disagreement cannot thus be resolved it shall, at the request of either Contracting Party, be submitted to an arbitration tribunal whose composition shall be agreed upon by the Contracting Parties in each instance. The arbitration tribunal shall establish its own rules of procedure, including the allocation of costs. The decisions of the arbitration tribunal shall be binding.

Part IV**Transitional and final provisions****Article 19****Consideration of entitlements under the Agreement**

1. This Agreement shall not establish any entitlement to benefits for any period prior to its entry into force.

2. Unless otherwise provided in the Agreement, when the Agreement is being implemented and when rights under it (including deciding eligibility for benefits under the Agreement) are being determined, all valid and relevant events including periods of coverage and periods as an Australian resident, no matter when they occurred, shall be taken into consideration.

3. The legal force of former decisions shall not preclude the application of this Agreement.

4. If a benefit has been determined under German legislation with binding force before the entry into force of this Agreement, a review and recalculation under this Agreement of this benefit shall only be carried out if the beneficiary explicitly so requests.

Article 20**Concluding Protocol**

The attached Concluding Protocol shall form an integral part of this Agreement.

Article 21**Entry into force**

1. This Agreement shall be subject to ratification; the instruments of ratification shall be exchanged in Berlin as soon as possible.

2. This Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

Article 22**Period of the Agreement**

1. This Agreement shall be concluded for an indefinite period of time. Either Contracting Party may denounce this Agreement in writing through diplomatic channels at the end of a calendar year by giving three months' notice. This period of notice shall be calculated from the day on which the notice is received by the other Contracting Party.

2. In the event of termination by denunciation, the provisions of this Agreement shall continue to apply in respect of claims to benefits acquired not later than the effective date of that termination; restrictive legislation regarding the exclusion of an entitle-

oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des vorübergehenden oder gewöhnlichen Aufenthalts in einem anderen Staat bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

ment or the suspension or withdrawal of benefits on the grounds of temporary or ordinary residence in another state shall not be applicable to such claims.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

In witness whereof, the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Agreement.

Geschehen zu Canberra am 13. Dezember 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Done at Canberra on 13 December 2000 in two copies in the German and English languages, each text being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Horst Bächmann
Walter Riester

Für Australien
For Australia

Jocelyn Newman

Schlussprotokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien
über Soziale Sicherheit

Concluding Protocol
to the Agreement
between the Federal Republic of Germany and Australia
on Social Security

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklärten die Bevollmächtigten beider Vertragsparteien, dass Einverständnis über Folgendes besteht:

1. Zu Artikel 2 des Abkommens:

- a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und für die Alterssicherung der Landwirte gilt Teil II des Abkommens nicht.
- b) Sind nach den deutschen Rechtsvorschriften außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung einer anderen Übereinkunft oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so lässt der deutsche Träger vorbehaltlich des Buchstabens c bei der Anwendung des Abkommens die andere Übereinkunft oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.
- c) Artikel 2 Absatz 4 und der vorstehende Buchstabe finden keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus völkerrechtlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Versicherungslastregelungen enthalten.

2. Zu Artikel 4 des Abkommens:

- a) Versicherungslastregelungen in völkerrechtlichen Verträgen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten bleiben unberührt.
- b) Die deutschen Rechtsvorschriften, welche die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und ihrer Verbände sowie in der Rechtsprechung der sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
- c) Australische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung nach den in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a Ziffern i bis iii genannten Rechtsvorschriften berechtigt, wenn sie nach diesen Rechtsvorschriften Beitragszeiten für mindestens sechzig Kalendermonate haben. Dies gilt auch für die in Artikel 3 Buchstabe a Ziffern ii und iii bezeichneten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet von Australien aufhalten.

3. Zu Artikel 5 des Abkommens:

- a) In Bezug auf Versicherungsfälle in der deutschen Unfallversicherung, die vor dem 1. Januar 1997 eingetreten sind, gilt Folgendes:

Artikel 5 gilt entsprechend für Geldleistungen aus der deutschen Unfallversicherung an Berechtigte, die sich als

At the time of signing the Agreement on Social Security concluded this day between the Federal Republic of Germany and Australia, the plenipotentiaries of both Contracting Parties stated that they are in agreement on the following points:

1. With reference to Article 2 of the Agreement:

- (a) Part II of the Agreement shall not apply to the Steelworkers' Supplementary Insurance and to the Farmers' Old Age Security of the Federal Republic of Germany;
- (b) subject to paragraph (c), where under the German legislation both the conditions for the application of the Agreement and the conditions for the application of any other convention or supranational arrangement are satisfied, the German institution shall disregard that other convention or supranational arrangement when applying the Agreement; and
- (c) paragraph 4 of Article 2 and the preceding subparagraph shall not apply if the social security legislation, which arises for the Federal Republic of Germany from international treaties or supranational laws or is designed to implement them, contains provisions relating to the apportionment of insurance burdens.

2. With reference to Article 4 of the Agreement:

- (a) provisions relating to the apportionment of insurance burdens that may be contained in international treaties between the Federal Republic of Germany and other states shall not be affected;
- (b) the German legislation guaranteeing the participation of insured people and employers in the self government bodies of the institutions and their associations and in the adjudication of social security matters shall remain unaffected; and
- (c) Australian nationals who ordinarily reside outside the territory of the Federal Republic of Germany shall be entitled to voluntary coverage under the legislation specified under subparagraphs 1(a)(i), (ii) and (iii) of Article 2 if they have periods of contributions under that legislation for at least sixty calendar months. This shall also apply to persons specified in subparagraphs (a)(ii) and (iii) of Article 3 who ordinarily reside in the territory of Australia.

3. With reference to Article 5 of the Agreement:

- (a) With respect to contingencies under German Industrial Accident Insurance which occurred prior to 1 January 1997 the following shall apply:

Article 5 shall apply, as appropriate, to cash benefits payable under German Industrial Accident Insurance to

australische Staatsangehörige in Australien gewöhnlich aufhalten, sofern das jeweils anwendbare Recht Australiens, eines Bundesstaats oder eines Territoriums über eine gesetzliche Unfallversicherung die Zahlung entsprechender Geldleistungen an deutsche Staatsangehörige vorsieht, die sich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland gewöhnlich aufhalten. Dies gilt entsprechend in Bezug auf die in Artikel 3 Buchstabe a Ziffern ii bis iv genannten Personen, die sich in Australien gewöhnlich aufhalten, sofern das jeweils anwendbare Recht Australiens, eines Bundesstaats oder eines Territoriums über eine gesetzliche Unfallversicherung die Zahlung entsprechender Geldleistungen an die in Artikel 3 Buchstabe a Ziffern ii bis iv genannten Personen vorsieht, die sich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland gewöhnlich aufhalten.

- b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Geldleistungen aus Versicherungszeiten, die nicht nach Bundesrecht zurückgelegt sind, bleiben unberührt.
- c) Die deutschen Rechtsvorschriften über Geldleistungen aus Arbeitsunfällen (einschließlich Berufskrankheiten), in deren Zeitpunkt der Verletzte nicht nach Bundesrecht versichert war, bleiben unberührt.
- d) Die deutschen Rechtsvorschriften über das Erbringen von medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung bleiben unberührt. Die australischen Rechtsvorschriften, welche die Gewährung einer Rente wegen Erwerbsunfähigkeit an eine Person, die nicht schwerbehindert ist, vorsehen, auf diese Rente Anwendung finden oder sie berühren, bleiben unberührt.
- e) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Australien gilt Artikel 5 des Abkommens in Bezug auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht.
- f) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der deutschen Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, bleiben unberührt.
4. Zu Artikel 6 des Abkommens:
- a) Artikel 6 gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung nach den deutschen Rechtsvorschriften im Ermessen eines Trägers liegt.
- b) Den für einen Anspruch auf Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften erforderlichen Pflichtbeitragszeiten stehen Wohnzeiten in Australien gleich, in denen eine Beschäftigung oder Tätigkeit ausgeübt wurde.
- c) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, dass bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Rechtsvorschriften ferner vor, dass sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei oder vergleichbare Tatbestände im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrente oder Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den Rechtsvorschriften von Australien gezahlt wurden und Zeiten der Kindererziehung in Australien.
- d) Bergbauliche Betriebe im Sinne des Artikels 6 Buchstabe b sind Betriebe, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch oder Steine und Erden überwiegend unterirdisch gewonnen werden.
- beneficiaries who are Australian nationals and who ordinarily reside in Australia, provided that the applicable law of Australia or of a federal state or territory regarding statutory accident insurance provides for payment of corresponding cash benefits to German nationals who ordinarily reside in the territory of the Federal Republic of Germany. This shall apply, as appropriate, with regard to the persons specified in subparagraphs (a)(ii), (iii) and (iv) of Article 3 who ordinarily reside in Australia, provided that the applicable law of Australia or of a federal state or territory regarding statutory accident insurance provides for the payment of corresponding cash benefits to the persons specified in subparagraphs (a)(ii), (iii) and (iv) of Article 3, who ordinarily reside in the territory of the Federal Republic of Germany;
- (b) the German legislation regarding cash benefits based on periods of coverage completed under laws other than (German) federal law shall not be affected;
- (c) the German legislation regarding cash benefits in respect of occupational accidents (including occupational diseases) for which the injured party was not insured under (German) federal law at the time the accident occurred shall not be affected;
- (d) the German legislation regarding medical, occupational and supplementary rehabilitation benefits provided by a pension insurance institution shall not be affected. Australian legislation which provides for, applies to or affects disability support pension for a person who is not severely disabled shall not be affected;
- (e) with regard to a pension under the German legislation governing reduced earning capacity, Article 5 of the Agreement shall apply to persons who ordinarily reside in Australia only if entitlement exists when the labour market situation is disregarded; and
- (f) the German legislation providing for the suspension of claims under German pension insurance for persons who go abroad to evade criminal proceedings against them shall not be affected.
4. With reference to Article 6 of the Agreement:
- (a) Article 6 shall apply, as appropriate, to benefits which are granted at the discretion of an institution under the German legislation;
- (b) residence periods in Australia during which an employment or self employment was exercised shall be equivalent to the periods of compulsory contributions required under the German legislation for a claim to a pension;
- (c) where the German legislation provides that the entitlement to benefits requires the completion of certain periods of coverage within a specified period and where the legislation also provides that this period is extended by certain circumstances or periods of coverage, periods of coverage under the legislation of the other Contracting Party or comparable circumstances within the territory of the other Contracting Party shall be taken into account for such an extension. Comparable circumstances are periods during which disability or age pensions or benefits on account of sickness, unemployment or industrial accidents (with the exception of pensions) were paid under the Australian legislation as well as periods of child raising in Australia; and
- (d) mining enterprises within the meaning of subparagraph (b) of Article 6 are enterprises which mine minerals or similar substances and those which quarry stone and earth predominantly in underground operations.

5. Zu Artikel 9 des Abkommens:
Eine australische Rente wegen Erwerbsunfähigkeit nach dem Abkommen ist an eine Person, die nicht schwerbehindert ist, nicht länger als für 26 Wochen zahlbar, während sie sich außerhalb von Australien aufhält.
6. Zu Artikel 15 des Abkommens:
Eine Person,
i) die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens von der Bundesrepublik Deutschland eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bezieht,
ii) deren Anspruch auf diese Rente aus Altersgründen endet und
iii) die unmittelbar danach die Voraussetzungen für eine Altersrente von der Bundesrepublik Deutschland erfüllt,
wird so behandelt, als habe sie diese Altersrente nicht im Sinne des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe b beantragt.
7. Zu Artikel 16 des Abkommens:
Entscheidungen deutscher Gerichte und Bescheide deutscher Träger können einer Person, die sich in Australien aufhält, unmittelbar zugestellt werden; die Zustellung kann durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein bewirkt werden. Satz 1 gilt auch für Urteile, Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden.
8. Bei der Durchführung des Abkommens werden deutsche Rechtsvorschriften, soweit sie für Personen, die wegen ihrer politischen Haltung oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung geschädigt worden sind, günstigere Regelungen enthalten, nicht berührt.
5. With reference to Article 9 of the Agreement:
Australian disability support pension under the Agreement shall not be payable for more than 26 weeks to a person who is not severely disabled while that person is outside Australia.
6. With reference to Article 15 of the Agreement:
A person who:
(i) is in receipt of a pension on account of reduced earning capacity from the Federal Republic of Germany at the time the Agreement enters into force;
(ii) ceases to be entitled to that pension because of age; and
(iii) immediately qualifies for an age pension from the Federal Republic of Germany,
shall be deemed not to have claimed that age pension for the purposes of subparagraph 1(b) of Article 15.
7. With reference to Article 16 of the Agreement:
German court decisions and German institutions' notifications may be communicated directly to persons residing in Australia and may be sent by registered mail with acknowledgement of receipt. The first sentence shall also apply to decisions, notifications, and other documents which must be served, issued in connection with the implementation of the German law governing war victims' assistance and those laws which declare the first mentioned law to be applied accordingly.
8. In the implementation of the Agreement, the German legislation, to the extent that it contains more favourable provisions for persons who have suffered because of their political attitude or for reasons of their race, religion or ideology shall not be affected.

Geschehen zu Canberra am 13. Dezember 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Done at Canberra on 13 December 2000 in two copies in the German and English languages, each text being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Horst Bächmann
Walter Riester

Für Australien
For Australia
Jocelyn Newman

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Das Abkommen regelt die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der gesetzlichen Rentenleistungen. Es begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten insbesondere von Einwohnern beider Staaten in Bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Rentenleistungen. Es sieht die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen, die Zusammenrechnung deutscher und australischer Versicherungszeiten für den Leistungsanspruch und die uneingeschränkte Rentenzahlung auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat vor.

II. Besonderer Teil

Artikel 1 erläutert die in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Durch die Definition häufig verwendeter Begriffe soll die Anwendung des Abkommens erleichtert werden.

Artikel 2 legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich das Abkommen bezieht. Die in Nummer 1 Buchstabe a des Schlussprotokolls hierzu getroffene ergänzende Regelung ergibt sich daraus, dass die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und die Alterssicherung der Landwirte nicht in die innerstaatlichen deutschen Vorschriften über die Wanderversicherung einbezogen sind. Durch Nummer 1 Buchstabe b des Schlussprotokolls wird klargestellt, dass bei Anwendung des Abkommens andere Abkommen über Soziale Sicherheit oder Regelungen der EU über Soziale Sicherheit, die dem Abkommen vergleichbar sind, unberücksichtigt bleiben. Dies gilt gemäß Nummer 1 Buchstabe c des Schlussprotokolls jedoch nicht, soweit andere Abkommen über Soziale Sicherheit oder Regelungen der EU über Soziale Sicherheit Versicherungslastregelungen enthalten.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 Abs. 1 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten und bestimmter weiterer Personengruppen.

Zu Artikel 4 sind unter Nummer 2 des Schlussprotokolls ergänzende Regelungen enthalten.

Buchstabe c der Bestimmung knüpft für australische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und für Flüchtlinge und Staatenlose mit gewöhnlichem Aufenthalt in Australien das Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung u.a. an die Voraussetzung einer Vorbeitragszeit von 60 Monaten in der deutschen Rentenversicherung.

Die Artikel 5 und 9 enthalten den Grundsatz, dass Leistungen auch erbracht werden, wenn sich die leistungsberechtigte Person im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhält. Nummer 3 des Schlussprotokolls enthält hierzu ergänzende Regelungen. Insbesondere bestimmt Nummer 3 Buchstabe e des Protokolls, dass Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aus der deutschen Rentenversicherung nicht an Berechtigte mit Aufenthalt in Australien gezahlt werden, wenn bei der Feststellung der verminderten Erwerbsfähigkeit nicht nur der Gesundheitszustand des Versicherten, sondern auch die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine Rolle gespielt hat.

Die Artikel 6 bis 9 sowie die Nummern 4 und 5 des Schlussprotokolls enthalten die Regelungen über die Rentenleistungen.

Artikel 6 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen, die Artikel 7 und 8 nähere Regelungen für die Anwendung der australischen Rechtsvorschriften.

Dabei bestimmen die Artikel 6 und 7, dass deutsche Versicherungszeiten und australische Versicherungszeiten (Wohnzeiten) für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem für die Wartezeit, wechselseitig zusammengerechnet werden.

Die Artikel 10 bis 18, ergänzt durch die Nummern 6 bis 8 des Schlussprotokolls, enthalten die Regelungen für das Zusammenwirken der in beiden Vertragsstaaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 19 bis 22 enthalten Übergangs- und Schlussbestimmungen.